

Ein Stück Fortschritt – mit Schweizer Unterstützung

Von Isolda Agazzi*

Nach Jahrzehnten Bürgerkrieg geht es in Kolumbien mit dem Frieden voran. Ein Vertrag zwischen der Regierung und der bewaffneten FARC-EP wird umgesetzt, ein Waffenstillstand mit der ELN, der stärksten verbleibenden Guerilla-Armee, hält. Die Schweiz unterstützt den Prozess. Soeben hat sie eine Reise des UNO-Sicherheitsrats vor Ort mitorganisiert.

Am 5. Februar haben die Regierung Kolumbiens und die ELN (*Ejercito de Liberación Nacional*) eine sechsmonatige Verlängerung ihres im vergangenen Jahr abgeschlossenen Waffenstillstands mitgeteilt, und die ELN kündigte überdies an, auf Lösegeld-Entführungen (sie nennt es "Abschöpfung zu wirtschaftlichen Zwecken") zu verzichten.

Um diesen Friedensprozess zu unterstützen, ist der UNO-Sicherheitsrat vom 7. bis 11. Februar nach Kolumbien gereist. Die Mission wurde von der Schweiz mitorganisiert. Ziel war, das Engagement für den Frieden zu bekräftigen – insbesondere das Friedensabkommen zwischen der Regierung und den FARC-EP, das sechzig Jahre bewaffneten Konflikt beendete, sowie den temporären Waffenstillstand zwischen der Regierung und dem ELN, einer marxistischen Gruppierung aus den sechziger Jahren.

« Dies ist die dritte Mission des Sicherheitsrats nach Kolumbien, und die Schweiz hat sie mitorganisiert, weil sie Ratsmitglied ist und seit zwanzig Jahren vor Ort friedenspolitische Erfahrung erworben hat, namentlich was die Bewältigung der Vergangenheit und die politische Mitbestimmung betrifft », erklärt Karel Manrau, der sich in der Sicherheitsratssektion des EDA mit Kolumbien befasst. « Wir haben Besuche im Feld organisiert, um zu zeigen, wie ehemalige Kämpfer durch Projekte wie Entminung reintegriert werden können, und wir haben auch Diskussionen mit den unterschiedlichen Interessengruppen organisiert».

FARC-Friedensabkommen : Es harzt mit dem ethnischen Kapitel und mit der Landreform

Kolumbien ist eines der raren Dossiers, wo die Sicherheitsratsmitglieder einen Friedensschluss vorfinden, zu welchem das Land – anders als etwa Mali oder Sudan - als demandeur etwas verlangt. Auf Begehren der Regierung hat der Rat am 11. Januar 2023 das Mandat der UNO-Verifikationsmission in Kolumbien um zwei Bereiche des Friedensabkommens erweitert. Das sind die Landreform und das ethnische Kapitel. Dazu hat der UNO-Generalsekretär in mehreren seiner vierteljährlichen Kolumbien-Berichte festgehalten, dass die betroffenen Gemeinschaften, die seit langem unter Ausgrenzung und Ungleichheit leiden, weiterhin unverhältnismässig von Gewalt betroffen sind. Was die Landreform angeht, das heisst die Umverteilung der landwirtschaftlichen Landflächen, so hat Präsident Gustavo Petro selbst vor kurzem zugegeben, dass sie schleppend vorangeht. Danach hat ein Teil der FARC umgehend erklärt, die Friedensverträge seien ungenügend und sich 2019 als *Segunda Marquetalia* verselbständigt. Anfang Februar hat sich bereiterklärt, mitzuverhandeln.

Gute Fortschritte bei Entwaffnung und Reintegration

«Auch die Ermordung von 3-400 gesellschaftlichen Führungsfiguren, ein Teil davon ehemalige FARC, durch Paramilitärs und Einzeltäter hat die Umsetzung des Abkommens mit den FARC-EP behindert » sagt Jean-Pierre Gontard, der ehemalige Vizedirektor des Genfer

Hochschulinstituts für internationale Studien und Entwicklung und zwischen 1999 und 2011 Fazilitator der Schweizer Regierung. « Dies, und der Umstand, dass sie es nie erreicht haben, eine wirkliche politische Partei zu werden und über die im Abkommen versprochenen 5 Sitze in der unteren und 5 Sitze und der oberen Parlamentskammer nicht hinausgekommen sind ».

Dagegen hält der ehemalige Schweizer Unterhändler die Umsetzung des Abkommens im Bereich der Entwaffnung – etwas, das die paramilitärischen Verbände nie geleistet haben, bei ihrer Demobilisierung 2006 simulierten sie Schein-Entwaffnungen - für sehr gelungen. Was die Wiedereingliederung der entwaffneten FARC betrifft, ging sie besser vonstatten als vorhergesehen, denn 40 Prozent der Guerilla waren Frauen, die es drängte, zu ihren Familien und oft zu ihren Kindern zurückzukehren.

Die Schweiz ist neben ihrer Tätigkeit im UNO-Sicherheitsrat weiterhin dabei, die Vergangenheitsbewältigung und die politische Mitbeteiligung in Kolumbien zu fördern.

Waffenstillstand mit ELN verlängert, aber die Verhandlungen sind schwierig

Doch gibt es noch andere Guerillas. Kurz nach seiner Wahl im Jahr 2022, lancierte Präsident Gustavo Petro (selbst ein ehemaliger Guerillero) das Konzept des « totalen Friedens ». Er sagte, er wolle mit sämtlichen bewaffneten Gruppen in Verhandlungen treten. Er begann mit der ELN und dem EMC-FARC-EP, einer weiteren Gruppe von FARC-EP-Dissidenten, und er will mit der Segunda Marquetalia verhandeln, die soeben eingewilligt hat.

Mit etwa 2350 Kämpfern, darunter Dissidenten der FARC, ist die ENL heute die wichtigste bewaffnete Gruppe in Kolumbien. Sie ist vor allem im Osten präsent, nahe der Grenze zu Venezuela (Arauca-Region) und im Westen, gegen den Pazifik hin (Choco-Region, ein undurchdringlicher Dschungel). « Mit der ELN zu verhandeln ist sehr schwierig, weil es eine nahezu totale Verbindung mit der Bewegung gibt », sagt Jean-Pierre Gontard. « Diese wurzelt in der Befreiungstheologie, wurde von drei Priestern, darunter zwei Spaniern, geführt und hatte die Unterstützung linker Katholiken aus der ganzen Welt. Auf der operationellen Ebene gibt es nicht dieselbe Einheit, und die Kommunikation zwischen den Kampfgruppen ist zunehmend schwierig. Ihr militärischer Chef Antonio Garcia amtiert seit 25 Jahren und hält sich oft in Deutschland auf. Er hat Gedichte geschrieben, die ins Deutsche übertragen wurden. Es ist vorgekommen, dass er vor der Freilassung von Geiseln deren Familien in Genf getroffen hat, mit Zustimmung der Schweiz. »

Ein erster Waffenstillstand mit der ELN wurde im August 2023 unterzeichnet. « Die Verlängerung um sechs Monate ist eine schöne Überraschung », sagt der Experte, «und es scheint, dass die beiden Fronten, die östliche und die westliche, sie ebenfalls akzeptiert hat. Aber die Entführungen sind nur einseitig und temporär eingestellt. Das heisst, dass sie mit den Lösegelderpressungen wieder beginnen können, falls die Verhandlungen sich nicht weiterentwickeln », präzisiert Jean-Pierre Gontard.

6-Punkte-Agenda von Regierung und ELN

«Dank der langen schweizerischen Erfahrung in Kolumbien hat man unser Land ersucht, in den Verhandlungen zwischen der ELN und der Regierung Beobachter und in denjenigen zwischen den EMC-FARC-EP Garant zu sein », freut sich EDA-Experte Karel Manrau.

Am 10. März 2023 haben die ELN und die Regierung sich auf eine Agenda von 6 Punkten verabschiedet. Sie sieht die Beteiligung der Zivilgesellschaft beim Aufbau von Frieden, Demokratie und Wandel vor. « Die ELN sieht, dass das Friedensabkommen mit den FARC-EP nicht voll umgesetzt wird, und sie wollen Ähnliches vermeiden », erklärt Nicolas Sion von der Schweizer NGO Fight for Humanity, welche den Friedensprozess mit der ELN in den Bereichen Gender und Umwelt begleitet. In der links geprägten Agenda haben die ELN und die Regierung sich darauf geeinigt, über den Umweltschutz, den Bergbau, die Bewirtschaftung der Ressourcen, die Rechte der Bauern und die Rückgabe von Landwirtschaftsland zu sprechen – in der Summe das Wirtschaftsmodell im Ganzen. Sie sieht einen so breit angelegten Friedensprozess wie nur möglich vor, mit Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Frauen.

«Alle bewaffneten Gruppen müssen ihre Aktivitäten einstellen »

« Wir begrüßen die Verlängerung des Waffenstillstands mit den ELN, aber es ist dringlich, dass alle illegalen bewaffneten Gruppen ihre Gewaltaktionen multilateral einstellen sagt Soraya Gutiérrez vom Anwaltskollektiv CAJAR in Bogota. « Der Kongress der Republik (*Parlament, Red.*) muss in Abstimmung mit der Kommission für Sicherheitsgarantien CNGS (*Comisión de Garantías de Seguridad*) einen juristischen Rahmen verabschieden, der unter Wahrung der Normen von Wahrheit, Recht, Wiedergutmachung und Garantien für die Opfer und die Gemeinschaften gegen Rückfälle zur Abwicklung dieser kriminellen Gebilde beiträgt. Einige dieser Gebilde beharren darauf, als politische Gebilde anerkannt zu werden, aber wir stellen uns dagegen. Denn ihr Handeln gründet auf dem Verbrechen und auf verbotenen Gewerbe zur privaten Bereicherung ».

CAJAR überwacht die Umsetzung des allgemeinen Friedensvertrags und die politischen und juristischen Verhandlungen, die die Regierung von Präsident Gustavo Petro zurzeit führt. « Wenn wir nicht zu einem totalen Frieden mit allen illegalen Gruppen gelangen, bei aller Rücksicht auf die unterschiedliche Natur einer jeden, dann wird der bewaffnete Konflikt in Kolumbien nie ein Ende finden », sagt die Menschenrechtsanwältin.

.....

**Isolda Agazzi ist freischaffende Journalistin BR und Autorin der website www.lignesdhorizon.net*